

Versteigert täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Rechnen und Expedition  
Johannstraße 33.

Redactionen der Redactionen:  
Montags 10-12 Uhr.

Mittwochs 4-6 Uhr.

Die in Rücksicht stehender Anzeigen  
muss man bei der Redaction nicht  
verwechseln.

Wann man der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmen  
muss an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Schulen für Juli-Anzeige:  
C. H. Schmidt, Universitätsstr. 21.  
Königsplatz, Katharinenstr. 18.  
von 1/2 bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Ausgabe 16,000.

Abonnementpreis viertel 4/2, Halbj. 8/1, incl. Frachtlohn 5 Mk. durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Jahres 5 Gg. Postzelle 20 Pf. Gebühre Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Labelschriften 50 Pf. nach höherem Tarif. Rechnungen unter dem Redactionsstempel die Spalte 40 Pf. Inserate sind nach an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachschub.

Nr. 172.

Sonnabend den 21. Juni 1879.

73. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag den 22. Juni nur Vormittags bis 9 Uhr**

geschlossen.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Dornen-Verkauf.

Von dem Leipziger Rathhofstr. Burgau können durch den Revisionswalter, Herrn Oberförster Dieck, Rothhaus Burgau bei Böhlitz Ehrenberg, amnoch circa 600 Bund Schwarzdorn, 1 Hundert Bund 6 Mark gegen sofortige Bezahlung bezogen werden.  
Leipzig, am 10. Juni 1879. Des Rathes Hofdeputation.

### Feldverpachtung.

Die der Stadtgemeinde Leipzig gehörige, seitwärts der Südstraße an der Leipzig-Connewitzer Feuer-  
grube gelegene Feldparzelle Nr. 277 der Flur Connewitz von 23 Acker 156 □ R. — 13 Sekter 48,81 M. Flächeninhalt soll  
Sonnabend den 28. d. M. Vormittags 11 Uhr  
an Rathshaus zur anderweitigen Verpachtung auf die 9 Jahre 1880 bis mit 1888 verpachtet werden.  
Die Verpachtungs- und Verpachtungsbedingungen sowie Situationsplan liegen in der Expedition  
unserer Oeconomie-Inspection im alten Johannisbospital zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, den 14. Juni 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Gerull.

## Donnerstags-Sitzung des Reichstags.

Berlin, 19. Juni. Die heutige Debatte, welche sich an die Interpellation betreffs unserer Münzpolitik knüpfte, war im Wesentlichen ein von Seiten des Fürsten Bismarck mit großer Erregung geführter Streit darüber, ob die Interpellation notwendig und nützlich oder das Gegenteil davon gewesen sei. Der Kanzler, der gegen seine Gewohnheit von Beginn der Sitzung an im Hause anwesend war, erklärte sich sofort bereit, die Interpellation zu beantworten. Diese ist, wie bekannt, von den beiden hauptsächlichsten Begründern des neuen deutschen Münzsystems, von dem damaligen Präsidenten des Reichskanzleramts Dr. Delbrück und dem in diesen Angelegenheiten früher die Weisheit des Parlamentes leitenden Abg. Damberger gestellt und fragt angeht die seit Monaten verbreiteten Befürchtungen, die ja im Hinblick auf die gesammte jetzige Finanzpolitik des Reiches ihre volle Bedeutung haben, an, ob die Regierung eine Aenderung der bestehenden Münzgesetzgebung herbeizuführen beabsichtige.

Dr. Delbrück befragt alsbald die Tribüne, um in der diesem Redner eigenen, eben so klaren wie ruhigen und objectiven Weise die gestellte Anfrage zu begründen. Man habe der umlaufenden Gerüchte halber schon vor mehreren Wochen eine Interpellation über die Absichten der Regierung betreffs Emission der Silberverkaufe in London stellen wollen, sei aber davon zurückgekommen, da man diesen Gerüchten keinen rechten Glauben geschenkt habe und der Meinung war, die Interpellation könne der Regierung unbecom sein hinsichtlich ihrer weiteren Operationen an Londoner Markt. In Folge der Verhandlungen des englischen Parlamentes auf Grund einer Depesche des hiesigen britischen Botschafters habe man sich jedoch zur Stellung der Interpellation entschließen müssen, da die Frage, ob Deutschland seine Münzgesetzgebung zu ändern entschlossen sei, dort vor aller Welt als eine offene hingestellt werde. Er (Redner) glaube nach wie vor nicht, daß die Regierung mit solchen Plänen umgehe, aber es sei notwendig, sich im Parlament offene Auskunft zu erbitten, weil der einmal ausgesprochene Zweifel an der Aufrechterhaltung unseres gegenwärtigen Systems nachtheilige Wirkungen auf den internationalen Verkehr ausüben müsse und an der hiesigen Börse in Folge jener Gerüchte bereits eine Panik in Scene gesetzt worden sei.

Jedermann wird zugeben, daß schonender und sachlicher die Interpellation nicht wohl entwickelt werden konnte. Daraus erhob sich Fürst Bismarck, der bereits gefesselt bei dem Diner, welches er dem neuen Präsidenten des Reichstages gab, auf die Art, in welcher er den Interpellanten zu erwidern gedachte, vorbereitet hatte, und hielt sich zunächst in spitziger Weise über den Ausdruck „Reichsregierung“ auf; die Interpellation habe, da es keine Reichsregierung an sich gebe, eigentlich gar keinen Adressaten; er wolle jedoch aussprechen, daß er für seine Person es nicht für nützlich halte, einen so wichtigen und für das gesammte wirtschaftliche Leben so einschneidenden Gegenstand hier so beiläufig akademisch (?) zur Sprache zu bringen. Sei man vor Wochen der Meinung gewesen, daß die Interpellation der Reichsfinanzverwaltung Schwierigkeiten bereiten könne — und Das sei eine sehr weise Meinung gewesen — warum sei man nicht auch jetzt noch dieser Ansicht? Wenn ein Name

wie der des Borredners — welcher ja eingestandenemselbst nicht an die betreffenden Gerüchte glaube — unter einer solchen Interpellation stehe, müsse da nicht alle Welt glauben, daß noch mehr daran sei, als der Borredner selber zugeben? Herr Delbrück hätte sich ja privatim bei ihm, dem Kanzler, persönlich erkundigen können! Die Interpellation scheint ihm unüberlegt! Was in der Presse steht, die meistens in ereignisloser Zeit das Bedürfnis nach neuem Stoffe habe, verhege auch wieder, anders sei es, wenn mit der Kameraderie eines Mannes wie Delbrück hier Interpellationen gestellt würden. Ihm sei nun die Aufgabe zugesprochen, die durch die Interpellanten erst angelegten Zweifel wieder zu entkräften und die Richtigkeit, die daraus entstehen können, abzumenden! Sage er auch hier, er sei von der Nützlichkeit einer Aenderung der Münzpolitik noch nicht überzeugt, so bleiben doch maßvollerweise Zweifel übrig: semper aliquid haeret (es bleibt immer Etwas hängen). Als thatsächlich stellt dann der Kanzler folgendes auf: Weder im Bundesrath noch im preussischen Reichsrath ist irgend ein Antrag auf Aenderung der Münzwährung gestellt worden, die Frage ist überhaupt dort gar nicht zur Sprache gekommen. Es ist einzig und allein an das Directorium der Reichsbank das Ergehen gerichtet worden, mit den Silberverkäufen einzuwilligen aufzuhören, und zwar in Rücksicht auf das fortwährende Sinken der Silberpreise. Der Kanzler wolle bis zur nächsten Session warten und so lange die Verantwortung tragen, dann erst die Thatsachen dem Parlamente vorlegen und zusehen, ob die Legislative beschließt, der Executive andere Aufträge zu geben, oder die Fortdauer der Emission des Silberverkaufes anräth. Man sei er gestimmt, Das, was er später dem Parlamente vorlegen wolle, demselben schon jetzt zu unterbreiten. Der Kanzler fügt, auf das Thema der Inopportunität der Interpellation abermals zurückkommend, noch hinzu, die betreffenden Debatten im englischen Unterhause hätten nicht den Werth, der ihnen hier durch Stellung einer Anfrage an die Regierung beigelegt worden sei. Der englische Botschafter habe seiner Pflicht gemäß das Gerücht, welches ihm zu Ohren gekommen, seiner Regierung gemeldet. Deshalb diese einen so accentuirten Gebrauch davon gemacht habe, Das zu ergründen, sei nicht seine Aufgabe.

Nach diesen mit Mäßigkeit unterdrückter Festigkeit vorgebrachten Bemerkungen setzte sich der Kanzler, und der Abgeordnete Damberger ergriff das Wort. Er wendete sich zunächst in energischer und eindringlicher Weise gegen die Bormühe des Reichskanzlers, daß die Interpellation nicht recht überlegt sei und daß man der Regierung nicht vorher Mittheilung gemacht habe. Redner bewies, Schritt vor Schritt die einzelnen Zeitabschnitte beleuchtend, nach, daß seit länger als drei Monaten die Absicht zu einer bezüglichen Interpellation bestehe, daß man aber im allgemeinen Interesse immer geizig habe, bis endlich die immer bestimmter auftretenden Gerüchte und die Debatten im englischen Unterhause es nöthig gemacht hätten, endlich einmal einen klaren Einblick in diese etwas dunklen Verhältnisse zu gewinnen. Die Regierung und speciell der Staatsminister Hofmann seien ganz genau vorher benachrichtigt worden. Wenn der Reichskanzler behaupte, daß man auf Grund vager Gerüchte und eines Botschafterberichts keine Interpellation einbringen könne, so möge er bedenken, daß diese Gerüchte immer nur in der der Regierung nachstehenden Presse auftauchten und daß der Be-

richt wahrscheinlich auf Mittheilungen beruhe, die der englische General-Consul, der dem englischen Bankdirectorium angehöre, seinem Gesandten gemacht habe.

Darauf nahm Fürst Bismarck abermals das Wort. Die Erregung, mit der er dem Borredner erwiderte, war wünschlich noch bestiger als diejenige, welche seine erste Rede beherrschte. Er wiederholte in noch schärfer accentuirter Form seine Bormühe gegen die Interpellation und namentlich gegen Delbrück darüber, daß man sich bezüglich der Opportunität der Interpellation nicht mit ihm, dem Kanzler, direct vorher ins Einvernehmen gesetzt habe. Am meisten schien den Fürsten die lehrerwähnte Ansetzung Damberger's verletz zu haben, weil der britische Generalconsul von Bleichröder bekanntlich der Privatbankier des Reichskanzlers ist. Bei der betreffenden Bemerkung Damberger's sei es ihm gewesen, als ob er die „Reichsliste“, nicht die des Reichspräsidenten, wie der Kanzler wohl für Herrn v. Seydewitz hinzusetzte, sondern eine andere — lästete hieße. Er bitte den Borredner, so rief er demselben zu, ihn auf dieses Gebiet nicht herauszufordern.

Der Präsident der Reichsbank, v. Dechend, der schon vorher mit einigen thatsächlichen Angaben die Siftung der Silberverkaufes motivirt hatte, hob noch hervor, daß Bleichröder allerdings als Mitglied des Centralausschusses der Reichsbank wohl in der Lage gewesen sei, über Maßnahmen der Reichsbank zu berichten, daß aber diese Maßnahmen einen Schluß auf die Absichten der Reichsregierung keineswegs zuließen.

Auf die Bormühe des Reichskanzlers erwiderte Delbrück, daß er nur aus Rücksicht auf die Ueberlastung des Fürsten Bismarck mit Geschäften es unterlassen habe, sich an diesen persönlich zu wenden. Der Präsident des Reichskanzleramtes habe ihm auf seine Anfrage erklärt, eine Interpellation wäre gefährlich. Wie aber eine Interpellation gefährlich sein könne, sei ihm unverständlich. Dagegen behauptete Herr Hofmann, er habe auf die Anfrage erwidert, dem Reichskanzler würde eine Interpellation unermülich sein, er würde sie aber beantworten.

Wie Dem auch sein möge, so viel bewies die unklare Haltung der Regierung in der heutigen Verhandlung, daß die Zweifel, welche die Interpellanten zu ihrem Schritte bestimmten, doch nicht so völlig unberechtigt waren, und wenn die Herren v. Kardorff und Schröder (Lippstadt) mit einem gewissen Triumph auf die noch unbestimmten Dinge hinwiesen, welche die Zukunft bringen werde, so hatten die Befürchter der Doppelwährung dazu wohl auch ihren Grund.

Darauf erledigte das Haus noch eine Reihe von Nummern des Posttarifs bis zur Postion „Oele und Fette“ durch Annahme der Regierungsvorschläge. (Magdeb. Zig.)

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. Juni.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ bemerkt zu der Interpellation im Reichstage: Die Verhandlung über die Interpellation Delbrück-Damberger hat auf unsere inneren Zustände ein recht beachtenswertes Licht fallen lassen. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Uebergange Deutschlands von der Goldwährung zur Doppelwährung sind seit Monaten im Umlauf gewesen; einzelne schaujollnerische Organe haben diesen Uebergang fort und fort als notwendige Folge der sogen. Wirt-

schaftsreform gefordert; die der Regierung nothwendig nahestehende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hielt wiederholt für angemessen, sehr deutliche Angriffe gegen unsere bestehende Münzgesetzgebung in ihre Spalten aufzunehmen. Ganz ähnlich hat der Kampf gegen die bisherige Zollpolitik begonnen. Begreiflich genug, daß man, durch diese Erfahrung gewöhnt, jene Gerüchte, so widerständig sie auch erscheinen mochten, nicht ganz unberücksichtigt ließ. Wirklich ernste Befürchtungen aber stiegen erst auf, als kürzlich im englischen Unterhause die Emission der deutschen Silberverkaufes zur Sprache kam und dabei die Mittheilung gemacht wurde, daß nach einem Berichte des englischen Botschafters in Berlin die deutsche Regierung mit dem Plane des Ueberganges zur Doppelwährung umgehe. Die Thatsache, daß der englische Generalconsul in Berlin, Herr v. Bleichröder, zugleich Mitglied des Reichsbankdirectoriums ist, machte dem Berichte des Botschafters noch eine ganz besondere Wichtigkeit beilegen; denn wünschlich konnte man annehmen, daß Lord Odo Russell eine für den englischen Silbermarkt so überaus wichtige Meldung gemacht hätte, ohne zuvor den Generalconsul v. Bleichröder über den Stand der Sache zu befragen. Nach alledem war es wahrlich kein Wunder, wenn Diejenigen, welche in dem Umfange unserer kaum vollendeten Münzreform eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens der Nation erblicken würden, auf volle Klarheit über die beunruhigenden Gerüchte drangen.

Dies und nichts Anderes war der Zweck der Interpellation Delbrück-Damberger-Harnier: Beabsichtigt die Regierung eine Aenderung der Münzgesetzgebung herbeizuführen? — Fürst Bismarck hat in seiner Antwort zunächst den Ausdruck „die Regierung“ bemängelt. Gewiß, weder „Regierung“ noch „Reichsregierung“ ist correct; streng genommen müßte es heißen: „die verbündeten Regierungen.“ Allein, hätten die Interpellanten ganz ihrem Gefühl folgen können, so würden sie einfach gefragt haben: „Beabsichtigt der Herr Reichskanzler eine solche Aenderung herbeizuführen?“ Denn in der That, nur auf den Fürsten Bismarck kommt es dabei an. Was nun die materielle Antwort betrifft, so erklärte er, daß weder er noch irgend ein anderes Mitglied den Gedanken einer Aenderung der Münzgesetzgebung zu erkennen gegeben habe, was freilich nicht ausschließt, daß er nach genauerem Nachdenken in Zukunft einmal auf einen solchen Gedanken komme. Der Münzpolitiker des Centrums, Schröder-Lippstadt, sagte, unter dem lebhaftesten Beifall der Gegner der Goldwährung, den Sinn dieser Antwort in die Worte: „Das wird sich finden!“ Wir unfererseits constatiren aus ihr, daß bis jetzt die Absicht einer Aenderung der Münzgesetzgebung bei der Reichsregierung nicht besteht. So weit die Münzpolitische Seite der Verhandlung. Bedeutamer und zugleich betrübender war die rein politische Seite. Die Interpellation war unterstützt von Wittgebern aller Parteien mit Ausnahme des Centrums. Von national-liberaler Seite fanden neben freihändlerischen Namen Männer wie v. Dammann und v. Bernuth. Von den Conservativen hatten neben den bekannten Abgeordneten freihändlerischer Richtung die Abgg. Thilo, v. Lerchenfeld u. Schwarz, v. Schmidt, v. Winterode u. A. unterzeichnet. Dadurch mußte zum Mindesten der Gedanke, als hätte es sich um ein Mandat der freihändlerischen Opposition gehandelt, von vornherein ausgeschlossen sein. Obendrein hatten die Interpellanten in loyalster Weise den Reichskanzler